**Entscheidung Nr. 6133 vom 03.11.2016
bekannt gemacht im Bundesanzeiger AT vom 30.11.2016**

Antragstellerin/Verfahrensbeteiligte:

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat in ihrer
701. Sitzung vom 03. November 2016
an der teilgenommen haben:

von der Bundesprüfstelle:
Stellvertretende Vorsitzende

als Beisitzer/-innen der Gruppe:

Kunst
Literatur
Buchhandel und Verlegerschaft
Anbieter von Bildträgern und von Telemedien
Träger der freien Jugendhilfe
Träger der öffentlichen Jugendhilfe
Lehrerschaft
Kirchen, jüdische Kultusgemeinden
und andere Religionsgemeinschaften

Länderbeisitzer/-innen:

Schleswig-Holstein
Thüringen
Baden-Württemberg

Protokollführer:

Für die Antragstellerin/Verfahrensbeteiligte:

beschlossen:

Die DVD
„Sleepless“,
Sunfilm Entertainment GmbH,
Laufen,

wird aus der Liste der
jugendgefährdenden Medien
gestrichen.

S a c h v e r h a l t

Die DVD „Sleepless“, Sunfilm Entertainment GmbH, Laufen, wurde mit Entscheidung Nr. 8080 (V) vom 11.03.2008, bekannt gemacht im Bundesanzeiger Nr. 48 vom 28.03.2008, in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen.

Es handelt sich um eine Produktion aus Italien aus dem Jahr 2001 (Originaltitel: „Non ho sonno“). Regie führte Dario Argento; Darsteller sind u.a. Max von Sydow und Stefano Dionisi.

Die Handlung kann wie folgt zusammengefasst werden:

Giacomo musste als Kind die Ermordung seiner Mutter miterleben. Der Täter, der sich auf einen alten Kinderreim bezog, wurde nie gefunden, trotz des gegenteiligen Versprechens des ermittelnden Kommissars Moretti. Jahre später ist Giacomo ein junger Mann und es geschehen neue Morde, die auf den damaligen Täter hindeuten. Schließlich stellt sich heraus, dass Lorenzo, Giacomos Jugendfreund, die Morde begangen hat. Er wird von der Polizei erschossen, bevor er auch Giacomo töten kann.

In der Indizierungsentscheidung wurde ausgeführt, die im Film enthaltenen Gewaltdarstellungen wirkten verrohend, da sie in großem Stil und epischer Breite präsentiert würden.

Mit Schreiben vom 25.08.2016 beantragte die Verfahrensbeteiligte, die Inhaberin der Nutzungsrechte ist, den Film aus der Liste zu streichen. Zur Begründung führte sie aus, die Gewaltdarstellungen seien aus heutiger Sicht nicht mehr als jugendgefährdend einzustufen.

Die Verfahrensbeteiligte wurde form- und fristgerecht über die Absicht der Bundesprüfstelle, über den Film in der Sitzung des 12er-Gremiums vom 03.11.2016 zu entscheiden, unterrichtet. Sie hat von ihrem Anwesenheitsrecht in der Sitzung keinen Gebrauch gemacht.

Zu dem Film aus dem Genre des „Giallo“ (italienische Thriller, in denen es um die Aufklärung von Mordserien geht) finden sich mehrere Rezensionen unter „ofdb.de“. Er wird überwiegend als der letzte gelungene Film des bekannten Regisseurs Argento bezeichnet; Handlung und Ausführung seien allerdings eher durchschnittlich.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Prüfsakte und auf den der DVD Bezug genommen. Der Film wurde den Mitgliedern des 12er-Gremiums in der Sitzung in voller Länge und bei normaler Laufgeschwindigkeit vorgeführt.

G r ü n d e

Die DVD „Sleepless“ war wie beantragt aus der Liste zu streichen.

Die Listenstreichung eines indizierten Mediums hat in den Fällen zu erfolgen, in denen die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Liste nicht mehr vorliegen (§ 18 Abs. 7 Satz 1 JuSchG), das heißt, wenn das Medium seine jugendgefährdende Wirkung verloren hat.

Der Gesetzgeber hat in § 23 Abs. 4 JuSchG festgelegt, dass zehn Jahre nach Listenaufnahme über eine Listenstreichung im vereinfachten Verfahren (3er-Gremium) entschieden werden kann. Hier gilt die gesetzliche Vermutung, dass aufgrund einer dem gesellschaftlichen Wertewandel analog veränderten Bewertungspraxis der Bundesprüfstelle von einem evidenten Fall des „Nicht-mehr-Vorliegens“ der Voraussetzungen einer Indizierung ausgegangen werden kann (vgl. Liesching in Liesching/Schuster, Jugendschutzrecht, 5. Auflage, § 23 Rn. 7).

Vorliegend ist der Antrag auf Listenstreichung bereits zum jetzigen Zeitpunkt zulässig. Die in dem Antragsschreiben gemachten Ausführungen waren geeignet, Zweifel daran aufkommen zu

lassen, ob nach wie vor die Voraussetzungen für eine Aufnahme in die Liste vorliegen, so dass dazu die Entscheidung des 12er-Gremiums einzuholen war.

Der Antrag ist auch begründet. Nach Auffassung des Gremiums ist der Filminhalt nicht mehr als indizierungsrelevant einzustufen.

Träger- und Telemedien, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden, sind von der Bundesprüfstelle gemäß § 18 Abs. 1 Satz 1 JuSchG in die Liste jugendgefährdender Medien aufzunehmen.

Nach § 18 Abs. 1 Satz 2 JuSchG zählen dazu vor allem unsittliche, verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizende Medien sowie solche Medien, in denen Gewalthandlungen wie Mord- und Metzelszenen selbstzweckhaft und detailliert dargestellt werden oder Selbstjustiz als einzig bewährtes Mittel zur Durchsetzung der vermeintlichen Gerechtigkeit nahe gelegt wird.

Eine verrohende Wirkung setzt voraus, dass der Inhalt eines Mediums so gestaltet ist, dass eine gleichgültige oder positive Einstellung zum Leiden Dritter als eine dem verfassungsrechtlichen Wertebild entgegen gesetzte Anschauung entsteht (vgl. Liesching/Schuster, Jugendschutzrecht, 5. Auflage, § 18 JuSchG, Rdnr. 33). Dies ist der Fall, wenn mediale Gewaltdarstellungen Brutalität fördern bzw. ihr entschuldigend das Wort reden. Das ist vor allem dann gegeben, wenn Gewalt ausführlich und detailliert gezeigt wird und die Leiden der Opfer ausgeblendet werden bzw. die Opfer als ausgestoßen, minderwertig oder Schuldige dargestellt werden (Nikles, Roll, Spürck, Erdemir, Gutknecht; Jugendschutzrecht; 3. Auflage, § 18 Rdnr. 5).

Zu Gewalttätigkeit anreizende Medien stehen in engem Zusammenhang mit den verrohend wirkenden Medien. Während jedoch bei der durch Medien hervorgerufenen „Verrohung“ gleichsam auf die „innere“ Charakterformung abgestellt wird, zielt der Begriff der zu Gewalttätigkeit anreizenden Medien auf die „äußere“ Verhaltensweise von Kindern und Jugendlichen ab. Unter dem Begriff der Gewalttätigkeit ist ein aggressives, aktives Tun zu verstehen, durch das unter Einsatz oder Inangasetzen physischer Kraft unmittelbar oder mittelbar auf den Körper eines Menschen in einer dessen leibliche oder seelische Unversehrtheit beeinträchtigenden oder konkret gefährdenden Weise eingewirkt wird. Eine Schilderung ist dabei anreizend, wenn sie die Ausübung von Gewalt als nachahmenswert darstellt (Liesching in Liesching/Schuster, Jugendschutzrecht, 5. Auflage, § 18 Rn. 37f).

Eine verrohende Wirkung, aber auch ein Anreizen zu Gewalttätigkeit kann nach der Spruchpraxis der Bundesprüfstelle gegeben sein, wenn Gewalt- und Tötungshandlungen das mediale Geschehen insgesamt prägen; dabei ist der Kontext zu berücksichtigen. Gewalt- und Tötungshandlungen können für ein mediales Geschehen z.B. dann insgesamt prägend sein, wenn das Geschehen ausschließlich oder überwiegend auf dem Einsatz brutaler Gewalt bzw. auf Tötungshandlungen basiert und/oder wenn Gewalt in großem Stil und in epischer Breite geschildert wird und/oder wenn Gewalt legitimiert oder gerechtfertigt wird.

Das 12er-Gremium ist vorliegend zu der Überzeugung gelangt, dass die im Film enthaltenen Gewaltszenen in ihrer visuellen und akustischen Darstellung nach heutigen Maßstäben insgesamt nicht mehr als jugendgefährdend einzustufen sind.

Die in sieben der acht als indizierungsrelevant aufgeführten Szenen präsentierte Gewalt erscheint aus heutiger Sicht zurückhaltend bzw. kurz inszeniert und wird nicht detailliert oder selbstzweckhaft dargestellt. Die Gewalthandlungen selbst finden in mehreren Szenen im Off bzw. unter Verwendung von Schnitten statt (Erwürgen der Ballerina, Stich in den Kopf mit dem Füllfederhalter).

Die achte Szene, in der eine Frau mit dem Gesicht mehrfach gegen eine Wand geschlagen wird, ist zwar auch heutzutage als detailliert einzustufen. Sie ist aber in Zusammenhang mit dem weiteren Inhalt des Films zu bewerten und letztlich ebenfalls nicht selbstzweckhaft. Die Gewaltdarstellungen erfolgen aus heutiger Sicht nicht mehr in epischer Breite oder in großem Stil und überschreiten damit insgesamt nicht den Rahmen dessen, was im Genre des Thrillers zur Annahme einer sozialetisch desorientierenden Wirkung führt.

Ob aufgrund der im Film enthaltenen Gewaltdarstellungen weiterhin eine Jugendbeeinträchtigung vorliegt, war von Seiten der Bundesprüfstelle nicht zu entscheiden. Der Film war nach alledem aus der Liste der jugendgefährdenden Medien zu streichen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Eine Anfechtungsklage gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats ab Zustellung beim Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz 1, 50667 Köln, erhoben werden. Die Klage ist gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesprüfstelle zu richten (§§ 25 Abs. 1, 2, 4 JuSchG; 42 VwGO). Sie hat keine aufschiebende Wirkung.

Gebührenerhebung:

Die Festsetzung der Kosten für dieses Verfahren bleibt einer gesonderten Entscheidung vorbehalten.